



Bundesministerium des Innern in Berlin: „Neue Dimension der Gefährdung durch islamistische Terroristen.“

„Neue Qualität des Terrors“

Deutschland ist von einem Rückzugsgebiet islamistischer Terroristen zu deren Operationsgebiet geworden. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2006 hervor.

Am 31. Juli 2006 wurden in Regionalzügen der Deutschen Bahn von Aachen nach Hamm und von Mönchengladbach nach Koblenz zwei Kofferbomben gefunden. Die Sprengkörper sollten mittels eines zeitgesteuerten Zündmechanismus zur Detonation gebracht werden. Wegen eines Fehlers beim Bau der Bomben kam es zu keiner Explosion. Die Polizei konnte anhand von Videoaufzeichnungen im Kölner Hauptbahnhof zwei junge libanesischen Staatsangehörige als Tatverdächtige ausforschen, die sich seit kurzer Zeit in Deutschland aufhielten. Ein weiterer Tatverdächtiger konnte identifiziert werden. Das Motiv für die versuchten Anschläge dürften die Anfang 2006 in deutschen Medien veröffentlichten Karikaturen über den Propheten Mohammed gewesen zu sein. Der ursprüngliche Plan, die Anschläge bereits während der Fußball-WM zu verüben, sei nach Aussage eines Verdächtigen wegen der hohen Sicherheitsmaßnahmen zu dieser Zeit verworfen worden.

Vom islamistischen Terrorismus gehe weiterhin „die größte Bedrohung für die Stabilität und die Sicherheit in Deutschland“ aus, sagte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts am 15. Mai 2007 in Berlin. Die fehlgeschlagenen Kofferbombenattentate und die zwei im März und April 2007 im Internet veröffentlichten Videobotschaften hätten deutlich gezeigt, „dass auch Deutschland mit einer neuen Qualität terroristischer Aktivitäten rechnen muss“, betonte Schäuble.

Die Gefährdung der inneren Sicherheit Deutschlands durch islamistische Terroristen habe 2006 eine neue Dimension erreicht, heißt es im Verfassungsschutzbericht. Deutschland werde von islamistischen Terroristen nicht mehr nur als Rückzugsraum betrachtet, sondern sei zu deren Operationsgebiet geworden.

„Angeleitet von der Ideologie des gewalttätigen Jihad, verstanden als ‚heiliger Krieg‘ zur Verteidigung und

Ausbreitung des Islam, versuchen sie auch hier, ihre Vorstellungen von einer ‚islamischen Gesellschaft‘ durchzusetzen, die mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind“, heißt es im Bericht. Deutschland zähle für die „Mujahedin“ (Kämpfer des „Jihad“) zum Lager der „Kreuzzügler“, zu den Helfern der USA und Israels. Die Beteiligung Deutschlands an der Ausbildung irakischer Polizei- und Sicherheitskräfte spiele dabei ebenso eine Rolle wie das wachsende Engagement in Afghanistan. Darüber hinaus stellte die Veröffentlichung von Karikaturen über den Propheten Mohammed auch in den deutschen Medien in den Augen vieler Islamisten einen „Angriff der westlichen Welt auf den Islam“ dar. Die versuchten Kofferbomben-Attentate hätten gezeigt, dass Personen aus diesem Spektrum auch in Deutschland motiviert und in der Lage sind, Anschläge mit möglicherweise großem Personenschaden zu verüben.

Eine Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands gehe auch von islamistischen Organisationen aus, die nicht dem internationalen islamistischen Terrorismus zuzuordnen seien, sondern regional agierten. Diese Organisationen seien bestrebt, die in ihren Herkunftsländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein strikt islamistisches Staatswesen auf der Grundlage des islamischen Rechts, der Scharia, abzulösen. Die Mehrzahl dieser Organisationen agiere in ihren Heimatländern auch mit terroristischen Mitteln. In Deutschland setzten sie ihre Schwerpunkte auf die Betreuung und Beeinflussung ihrer Landsleute sowie auf Spendensammlungen zur Unterstützung der Aktivitäten ihrer Mutterorganisationen in den jeweiligen Heimatländern. Zwei dieser Organisationen, die libanesische „Hizb Allah“ (Partei Gottes) und die palästinensische „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS), spielten eine zentrale Rolle im Nahost-Konflikt.

Islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgten eine breiter angelegte Strategie. Laut dem Verfassungsschutzbericht „wollen auch sie die Herrschaftsverhältnisse in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamistischen Staatswesens ändern, zugleich streben sie aber im Rahmen einer so genannten legalistischen Strategie an, ihren Anhängern im Bundesgebiet Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen“. Mit der Scharia sei ihrer Auffassung nach ein alle Lebensbereiche regelndes Gesetzssystem vorgegeben, dessen Umsetzung notwendige Voraussetzung zur Ausübung des „wahren“ Islams sei. Kern dieser islamistischen Ideologie sei die Behauptung, Staatsgewalt dürfe nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe allein von Gott (Allah) aus, dessen Wille –offenbart im Koran – die alleinige Wahrheit für alle Menschen darstelle. Das angestrebte islamistische Gesellschaftssystem stehe in unauflösbarem Widerspruch zu den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

In Deutschland gibt es 28 aktive islamistische Organisationen mit über 32.000 Mitgliedern; über 27.000 davon sind Mitglieder türkischer Gruppierungen, vor allem der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG).

ZLO WIRTSCHAFTSTREUHAND GmbH
LILLIANNA ZLOKLOKOVITS
Steuerberatung, Finanz- und Wirtschaftsberatung

1030 Wien, Erdbergstraße 10/9 • Tel. 714 89 87
Fax 714 89 87 20 • e-mail: lilli@zlo-wt.at

Richard Marischka

Gesellschaft m.b.H.



1200 WIEN, TREUSTRASSE 42
TELEFON 330 34 45



**INSTALLATIONSUNTERNEHMEN
FÜR GAS – WASSER – SANITÄRE
ANLAGEN UND HEIZUNG**

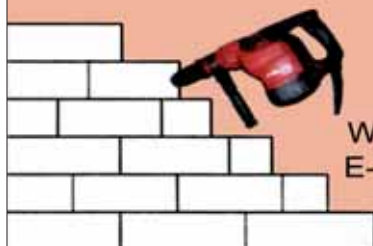
email: office@installateur-marischka.at
www.installateur-marischka.at

PAYER

ELEKTRO SANITÄR HEIZUNG LÜFTUNG

1160 Wien Tel.: 485 11 07
www.haustechnik-payer.at

PROFIGERÄTEVERLEIH
Ing. Stepiec
VERLEIH VON HILTI GERÄTEN



Tel.: 0664 / 550 89 17
Fax: 01 / 25 33 033 73 15
Website: www.profigeraeteverleih.at
E-Mail: office@profigeraeteverleih.at